

Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Stellungnahme des Geschäftsführers zur geplanten Änderung der Zusammensetzung des Stiftungsrates

Laut Stiftungsgesetz von 2004 steht jeder Landtagsfraktion ein Sitz im Stiftungsrat der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten zu, damit auch der AfD. Darauf reagieren mehrere Überlebendenverbände mit großer Besorgnis. Entsprechende Schreiben haben die Stiftung von der World Federation of Bergen-Belsen Associations (USA), der Amicale des Anciens Déportés de Bergen-Belsen (Frankreich), vom Irgun Sh'erit Hapleta (Verband der Bergen-Belsen-Überlebenden in Israel) und vom Center of Organizations of Holocaust Survivors in Israel erreicht. Die Sorgen gehen teils so weit, dass eine weitere Mitarbeit in Gremien der Stiftung bei einem AfD-Sitz im Aufsicht führenden Stiftungsrat in Frage gestellt wird. Deutliche Ablehnung hat auch das International Advisory Board der Gedenkstätte Bergen-Belsen formuliert, in dem renommierte Wissenschaftler_innen aus acht Ländern vertreten sind.

Diese Sorgen müssen wir sehr ernst nehmen. Die Stiftung, in deren Trägerschaft sich u.a. die Gedenkstätte Bergen-Belsen befindet, hat den Auftrag, die Opfer der NS-Verbrechen zu würdigen und eine kritische Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen sowie ihren Ursachen und Folgen zu fördern. Die AfD, in deren Reihen revisionistische, rassistische, antisemitische und den Holocaust verharmlosende oder gar leugnende Positionen mindestens geduldet werden, steht diesem Auftrag entgegen. Wer den deutschen „Schuld kult“ beklagt oder eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ fordert, hat in den Gremien der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten nichts verloren. Eine Mitgliedschaft der AfD im Stiftungsrat beschädigt den Ruf der Stiftung, die eng mit Opferverbänden in aller Welt zusammenarbeitet und sich seit ihrer Gründung 2004 bundesweit und international zu einem wichtigen und geachteten Akteur auf dem Feld der Forschung und Vermittlung zum Thema NS-Verbrechen entwickelt hat.

Es wäre falsch, die AfD zu ignorieren oder einfach nur rechts liegen zu lassen. Vielmehr müssen sich Politik und Wissenschaft – wie auch die Stiftung – inhaltlich mit ihren rassistischen und fremdenfeindlichen Positionen auseinandersetzen. Dafür haben wir die besten Argumente, und eine direkte Auseinandersetzung mit AfD-Vertretern müssen wir nicht scheuen. KZ-Überlebenden möchte ich das aber nicht zumuten. Zudem muss die Auseinandersetzung mit der AfD und ihren Positionen im *öffentlichen* Raum stattfinden. Der Stiftungsrat tagt aber nichtöffentlich. Zudem ist der Stiftungsrat nicht der Ort für politische Debatten; das ist laut Gesetz auch gar nicht seine Aufgabe. Vielmehr überwacht er die Geschäftsführung und beschließt den Haushalts- und Stellenplan.

Änderung des Stiftungsgesetzes

Aus den genannten Gründen begrüße ich jede Regelung, deren Ergebnis es ist, dass die AfD im Stiftungsrat nicht vertreten ist. Wichtig ist zudem, dass der Stiftungsrat handlungsfähig ist. Deshalb ist es gut, wenn die Zahl seiner Mitglieder begrenzt ist und wenn die Zahl der Vertreter

der Legislative die der Exekutive (Kultusministerium, Finanzministerium, Justizministerium und Bundesbeauftragte für Kultur und Medien) nicht übersteigt.

Gespräch mit der AfD-Landtagsfraktion

Im Dezember 2017 habe ich auf Bitten der AfD-Landtagsfraktion ein Gespräch mit der Fraktionsführung über die Frage eines AfD-Vertreterers im Stiftungsrat geführt. Darin habe ich sie u.a. auf folgende aktuelle Vorgänge in niedersächsischen AfD-Gliederungen angesprochen, die dem Stiftungszweck zuwider laufen:

- Forderung der AfD Braunschweig auf Streichung städtischer Fördergelder u.a. für die Gedenkstätte Schillstraße;
- Demonstratives Fernbleiben der AfD Wolfenbüttel im November 2017 beim Gedenken an die Opfer der Pogromnacht 1938;
- Ablehnung der AfD Wolfsburg gegenüber Plänen der Stadt, eine Gedenkstätte KZ Laagberg zu errichten;
- Pressemitteilung der Alternativen Jugend Bremen vom 24.11.2017 zur Ablehnung von „Schuld kult und Mahntourismus“ (bezogen auf die Förderung des Denkmals Bunker Valentin) samt Farbschmierereien am Bunker Valentin am 10.12.2017
- Pressemitteilung der AfD Niedersachsen vom 20.12.2016: „Es wird Zeit, das Ruder herumzureißen, dem deutschen Volk wieder Schutz zu geben und endlich diesen irren Schuld kult aus Deutschland zu verbannen.“
- AfD Niedersachsen als Veranstalterin für einen Auftritt von Hans-Thomas Tillschneider (Patriotische Plattform, Nähe zu den „Identitären“) in Braunschweig am 5.12.2017;
- Wahlprogramm der AfD zur Landtagswahl in Niedersachsen: Darin finden sich keine Ausführungen zur Bedeutung der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen, aber ideologische Versatzstücke wie „Erhalt der christlich-abendländischen Kultur“ sowie der „landsmannschaftlichen und kulturellen Identität“ und „Pfle ge volkstümlicher Eigenheiten“, zudem wird gefordert, staatliche Kulturförderung ausschließlich für Kultureinrichtungen zu ermöglichen, „die dem Volk Zugang zu den Meisterwerken der Musik und Theaterliteratur“; außerdem wird die Abschaffung des Instituts für Migrationsforschung an der Uni Osnabrück gefordert (der dortige Lehrstuhlinhaber ist Mitglied der Wissenschaftlichen Fachkommission der Stiftung).

Hierzu habe ich der AfD gegenüber deutlich gemacht, dass von einem Stiftungsratsmitglied erwartet werden muss, dass es sich öffentlich von solchen Positionen distanziert und sie innerhalb seiner Partei bekämpft. Der Wille dazu ist in der Landtagsfraktion offenbar aber nicht vorhanden, wie zuletzt auch die Diskussion um Lars Steinke zeigt, der als Mitarbeiter in der Fraktion beschäftigt ist. Mit dem Unwillen, sich deutlich gegen rechtsextreme Bestrebungen innerhalb der eigenen Partei zu wenden, ist die AfD im Stiftungsrat nach meiner Überzeugung nicht tragbar.

Celle, 12. Februar 2018

Dr. Jens-Christian Wagner

Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten